

Humanitäre Hilfe im freien Fall?

14.8.2026 - Ulrich Post | Welthungerhilfe

Der Rückgang in internationalen Zusagen für die Finanzierung lebensrettender Hilfe scheint auch 2026 ungebremsst.

*Alle in der Welternährung geäußerten Ansichten sind die der Autor*innen und spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten oder die Positionen der Welternährungsredaktion oder der Welthungerhilfe wider.*

ENGLISH VERSION

Humanitäre Hilfe unterstützt Menschen, die sich aufgrund von Krisen, Konflikten oder Naturkatastrophen in einer akuten Notlage befinden und diese aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Krisen, Kriege und Naturkatastrophen haben in der letzten Zeit nicht abgenommen, wohl aber der Umfang der humanitären Hilfe. Weltweit ist ein Rückgang der Mittel für diese Form der Hilfe zu beobachten; allein von 2024 auf 2025 verzeichnete das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) einen Rückgang um fast 25 Prozent. Es ist gut möglich, dass auch am Jahresende 2026 ein weiterer Rückgang stehen wird.

Dabei war es das Ziel der humanitären Community, mindestens 135 Millionen von den insgesamt 239 Millionen Menschen zu unterstützen, die der Nothilfe bedürfen. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass gleich mehrere der großen Geberstaaten die Mittel gekürzt haben. Die USA und Deutschland, zuvor die beiden größten Geber humanitärer Hilfe, waren dabei verantwortlich für 88 Prozent des Rückgangs in 2025.

Während die Bundesregierung den entsprechenden Etat auch für 2026 kürzte (und im Haushaltsplan 2027 ebenfalls), hat die aktuelle US-Regierung, die bekanntermaßen den Vereinten Nationen nicht besonders nahesteht, doch noch 3,8 Mrd. Dollar für UNOCHA bereitgestellt sowie zusätzlich 218 Mio. Dollar für UNICEF und 800 Mio. Dollar für das Welternährungsprogramm (WFP).

Gleichwohl warnte das WFP, dass es nicht genug Mittel habe, um die mehr als 130.000 kongolesischen Flüchtlinge in Burundi mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Und IOM, die Internationale Organisation für Migration, wies darauf hin, dass z.B. im Sudan bei ausbleibender Hilfe viele Menschen sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen und zumeist ein anderes Land in der Region aufsuchen.

Das Norwegian Refugee Council (NRC) machte in seinem diesjährigen Bericht „Die weltweit am meisten vernachlässigten Vertreibungskrisen“ darauf aufmerksam, dass „Unterfinanzierung das neue Normal“ in der humanitären Hilfe sei. Ausgerechnet im Jahr 2025, als die Vertreibungen Rekordhöhen erreichten, seien die Zusagen für humanitäre Hilfe auf ihren Tiefpunkt in den letzten zehn Jahren gefallen.

Der Bericht kommt auch zu dem traurigen Schluss, dass die Aufmerksamkeit der Geberregierungen dorthin gehe, „wo politische und wirtschaftliche Interessen im Einklang sind, und nicht dorthin, wo das Leid am größten ist.“

Andrew Sherriff vom Maastrichter Thinktank ECPDM identifiziert in seiner Analyse innenpolitische Gründe als vorrangigen Treiber der Kürzungen: politische Entscheidungen in Geberländern, verursacht durch veränderte politische Prioritäten, finanziellen Druck und zunehmende Skepsis in

der Wählerschaft seien zentrale Gründe. Sorgen über öffentliche Ausgaben, Gesundheitssysteme, Wohnen und Lebenshaltungskosten wiegen schwer.

Die oben erwähnte NRC-Studie endet mit den Worten: „Die humanitäre Hilfe kann keine Probleme lösen, die politische und wirtschaftliche Akteure nicht angehen wollen. Ohne eine humanitäre Diplomatie, die dem Ausmaß der aktuellen Ereignisse gerecht wird, und ohne ein echtes Engagement für inklusive Friedensprozesse wird sich die Situation der Vernachlässigung nur noch weiter verschlimmern.“

<https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/krisen-humanitaere-hilfe/humanitaere-hilfe-im-freien-fall>